

6. Werkstattgespräche der BÜRGER.STIFTUNG.Halle und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Gemeinsam Gemeinwesen Gestalten.

8. November 2008, Franckesche Stiftungen, Halle, 9:30-13:00 Uhr

Begrüßung und Eröffnung durch den Vorstand

Die 6.Werkstattgespräche der BÜRGER.STIFTUNG.HALLE und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt wurden durch die neu gewählte Vorstandsvorsitzende Frau Ingrid Häußler eröffnet. Sie begrüßte Herrn Dr. Stefan Nährlich von der Aktiven Bürgerschaft (AB), der die Moderation übernahm. Die AB wurde 1997 gegründet, seit 1999 ist Nährlich als Geschäftsführer tätig. Als weiterer Gast wurde der Referent Dr. Frank Jost vom vhw - Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e.V. und Leiter eines Arbeitskreises beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, begrüßt.

Impulsreferat

Herr Dr. Jost hielt sein Impulsreferat zum spannenden Thema „Stadtplanung MIT und FÜR Bürgerinnen und Bürger“. Es ging dabei um Fragen wie:

- Welche zivilgesellschaftlichen Potenziale sind mobilisierbar?
- Wie können sie in Prozesse der Stadtentwicklung eingebracht werden und mit den spezifischen Kompetenzen bzw. Fähigkeiten staatlicher und wirtschaftlicher Akteure zusammengeführt werden?
- Was folgt daraus für Aufgabenverständnis, Rollen- und Verantwortungsteilung, Prozessgestaltung? Wie sind die notwendigen Veränderungen zu bewirken?

Josts übergreifender Ansatz bestand darin, Stadtentwicklung aus Sicht der Bürger zu gestalten. Er ging ausführlich ein auf eine Bürgerumfrage von 2005 zum Thema Politik und Planerfordernis. Er kam zu dem Ergebnis: Bürgerengagement (Bürger

sind selbst aktiv und erhalten von den Kommunen Angebote zur Beteiligung und Kooperation) kann Bürgerorientierung (Kommunen beteiligen Bürger an der Meinungsbildung, fördern Eigenaktivitäten und kooperieren) bewirken.

Herr Jost verwies auf vier verschiedene Rollen der BürgerInnen: Diese sind

- politische Auftraggeber,
- betroffene Beteiligte,
- Akteure eigener Kompetenz und damit
- potenzielle Partner und Kunden.

Somit steht ihnen eine Beteiligung in Sachen Entscheidung und Leistung zu.

Das ehrenamtliche Engagement in der Bundesrepublik Deutschland geht in die Millionen. Das Potenzial ist dort hoch, wo die Menschen ihre Themen im selbstgewählten Kontext verfolgen. Dabei spielen auch Bildungsgesichtspunkte und Milieuunterschiede eine Rolle.

Herr Jost formulierte zwei zentrale Hypothesen:

1. Partizipation, *top down* angesetzt und verstanden als Erfüllungsgehilfe der Planung oder als Prozedur zur Schaffung von Legitimation und Akzeptanz städtischer oder staatlicher Planung, ist und bleibt so notwendig wie zwiespältig.

2. Im Sinne der Bürgergesellschaft wird der Wechsel von der *top-down* zur *bottom-up* Perspektive immer mehr zur Pflicht wie zur Notwendigkeit. Staatliche und kommunale Stellen müssen ihre Rolle überdenken. Die des Planers wird schwieriger, die des *Enablers* (dt. Ermöglicher) immer nötiger.

Die sich wandelnde Rolle kommunaler Verwaltung korrespondiert mit der sinkenden finanziellen Gestaltungsmacht der Kommunen durch die knappen Haushaltsbudgets.

Abschließend fasste Jost Pfeiler für erfolgreiches gelingendes Bürgerengagement in Form von Fragen zusammen:

Was muss in den Kommunen geschehen, damit Bürgerorientierung „breitenwirksam“ wird? Wie kann das Wissen um die praktische Umsetzung der Bürgerorientierung verbessert werden? Welche Qualifizierungsmöglichkeiten gibt es? Welche Erwartungen haben wir? Müssen die Anforderungen an Engagement und Bürgerorientierung korrigiert werden?

Moderiertes Gespräch „Kooperationen von kommunaler Verwaltung und bürgerschaftlichen Engagement auf dem Prüfstand“

Zwei Initiativen aus Halle wurden mit Blick auf das Gelingen bzw. Misslingen der Kooperation zwischen BürgerInnen und Verwaltung exemplarisch vorgestellt.

1. Bildung im Vorübergehen: Ingeborg von Lips

Die Referentin begann ihre Ausführungen mit einem Abstecher zu den Anfängen des Ehrenamtes und nannte den Beruf der Pfarrersfrau als das klassische Ehrenamt. Sie beschrieb rückblickend und zur Veranschaulichung für die Zuhörer ihren Weg von der Idee des Straßen-Zusatzschilds bis hin zu deren Verwirklichung. Sie resümierte eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt bis zur Anbringung des ersten Zusatzschildes 2007 und darüber hinaus.

Herr Dr. Nährlich fasste zusammen: kleines Konfliktpotential, drei Jahre, Verwaltung braucht ihre Zeit.

2. UR-SPRÜNGE: Grit Herzog

Frau Herzog begann mit der zeitlichen Wurzel der Idee: 2006. Die hochmotivierte Bürgerinitiative (BI) suchte Kontakte und Partner: Im September 2007 gab es eine Einladung seitens der Stadt: Der Initiative wurde das Projekt von da an schrittweise aus der Hand genommen. Seitdem erhielt die BI keine offiziellen Informationen mehr über den Fortgang. Auf Anfragen der BI wurde nicht reagiert. Spenden, die für die BI

vorgesehen waren, flossen unkommentiert an Bauträger. Die BI fühlt sich als Partnerin nicht ernst genommen.

Resümee: Trotz der Aktivitäten der Stadt zur Realisierung des Spielplatzes bleibt festzustellen: Die Bedürfnisse der BI nach Respekt, Mitbestimmung, Dank, Verlässlichkeit, Verständnis, Erfolg und Rücksicht wurden nicht respektiert. Konzeptionelle und gestalterische Ideen wie auch die Akteure aus dem Kontext der BI wurden teilweise nicht berücksichtigt.

Debatte mit Abschlussplenum zu Bedingungen gelingender Kooperation

Optimistisches Resümee einerseits:

Halle besitzt ein großes Potential an ehrenamtlichem Engagement, und die Zahl an gemeinwohlorientierten Akteuren bzw. aktiven BürgerInnen steigt weiterhin. Dieses Potential ist unverzichtbar geworden. Die Gebiete, in denen der Bürger Verantwortung übernimmt, sind facettenreich und umfassen soziale, ökologische, pädagogische Bereiche: Rettung von vom Einsturz gefährdeten, unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden, bildungspolitische Themen, Spielmöglichkeiten für Kinder, Sauberkeit, etc. Die Stadtverwaltung sucht gemeinsam nach Handlungsstrategien und Lösungsansätzen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen das Leben ihrer Stadt mitgestalten, es ist ihnen nicht gleichgültig, sie investieren Zeit, Gefühle, Kraft.

Andererseits:

Wie oben erwähnt, sind die Anliegen der BI und Vereine sehr unterschiedlich und stoßen oft auf die Lücken der Verwaltungsstruktur: Niemand fühlt sich zuständig, keiner reagiert, Anonymus antwortet nicht. Der Mangel an Ansprechpartnern auf der „gegenüberliegenden“ Seite, der einem Dialog im Wege steht und keine Kommunikation zwischen gleichberechtigten Partnern ermöglicht, veranlasst BI und Vereine auch zu handlungserzwingenden Aktionen, zumal dann, wenn Bedürfnisse nach Respekt, Mitbestimmung, Dank, Verlässlichkeit, Verständnis, Erfolg und

Rücksicht nicht respektiert wurden. Wird der aktive Bürger – wie der Moderator sich ausdrückte - als Störfaktor angesehen?

Ergebnisse, Anregungen und Fragen:

Zwischen Stadtverwaltung und Vereinen ist eine bessere Kommunikation von Nöten.

Aber wie kann bürgerorientierte Kommunikation geschehen / verbessert werden?

Wie kann die Struktur der Verwaltung verändert werden?

Welche Mitwirkungsmöglichkeiten bietet die Verwaltung dem Bürger?

Fragen, die diskutiert, aber naturgemäß innerhalb der Debatte nicht erschöpfend beantwortet werden konnten.

Eine Frage war die nach der möglichen Rolle der Bürgerstiftung. In welcher Form kann sie sich die Kommunikation und Kooperation zwischen BürgerInnen und Verwaltung zum Thema machen? Einig war man sich, dass hier durch die Stiftung Impulse sinnvoll und möglich sind, dass die Stiftung jedoch mit einer kontinuierlichen Mittelaufgabe oder gar mit einer Funktionszuschreibung als Dach unterschiedlichster Engagements von Bürgerinnen und Bürgern überfordert wäre und ein solches Selbstverständnis auch nicht wünschenswert ist.

Weiterhin wurde festgestellt, dass es durchaus Diskussions- und Klärungsbedarf zur Aufgabenverteilung Bürgerstiftung – Freiwilligen-Agentur gibt.

Aus Sicht der Verwaltung wurden ebenfalls Probleme benannt: Die Stadtverwaltung hat oft keine Ansprechpartner auf Stadtteilebenen. Es bräuchte mehr Stadtteilkompetenz. Man muss sich als Verein Akzeptanz erwerben und das dauere lange. Man sollte sich aber nicht entmutigen lassen, wenn es mit der Verwaltung nicht klappt. Bürgerschaftliches Engagement ist generell auch ohne Stadt möglich, es muss nicht alles zentralisiert werden.

Weitere Fragen: Wie ist der Umgang mit Anfragen der Vereine, der Bürgerinnen und Bürger im Arbeitsvertrag/in der Arbeitsplatzbeschreibung von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung verankert? Es müsste feste Ansprechpartner mit einer besonderen Ausbildung/Fortbildung in der Verwaltung geben, Zeitmangel sollte nicht zur

hemmenden Kraft werden und als Entschuldigung dienen. Wie steht es um die Anerkennungskultur innerhalb der Verwaltung? Wie kann Verwaltung gestärkt werden, um Bürgerengagement aufnehmen zu können? Darf Stadtverwaltung Meinung öffentlich äußern? Gibt es gute / Vorbild-Beispiele aus anderen Kommunen?

Diskutiert wurde unter anderem das Modell eines Runden Tisches, an dem Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen sitzen und eine Zielrichtung verfolgen: nämlich gute Zusammenarbeit, Transparenz ihrer Absichten und Entscheidungen sowie Teilhabe an der Gestaltung von Gemeinwohl. Verwaltung müsste sich eher als Dienstleister für Bürger verstehen. Bürgerschaftliches Engagement fordert – so eine mehrfach geäußerte Meinung – vor allem personelle, keine finanziellen Ressourcen!

Als eine Idee wurde ein gemeinsamer Open Space-Workshop von Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen eingebracht. Warum Open Space Workshops? Bei oder nach Reorganisationen, Fusionen, Neuausrichtungen und zur Gestaltung von Entwicklungsprozessen bieten Open Space Workshops ein ideales Forum für Fach- und Führungskräfte, sich zu orientieren, zu motivieren und mit ihren Themen in einem kreativen Prozess gemeinsam entscheidend voranzukommen. Je komplexer, branchenübergreifender und konfliktuell belasteter die Themen, umso geeigneter sind sie zur Bearbeitung in einem Open Space-Prozess, da hier mehrere Dutzend unterschiedlich denkende und handelnde Teilnehmer konstruktiv und ergebnisorientiert zusammenarbeiten können.

Insgesamt kann die Veranstaltung als sehr erfolgreich eingeschätzt werden, bedarf aber einer Fortführung, möglicherweise auch mit konkreterem Bezug zu einzelnen Engagementbereichen. Dies wird unter anderem durch den Strategiekreis Bürgerschaftliches Engagement angestrebt, der auf Initiative der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis bereits zweimal zusammengekommen ist und seine Arbeit weiterführen wird.

Besonders positiv wurden in der Auswertung innerhalb der Bürgerstiftung die sehr sachorientierte Diskussion hervorgehoben.